

Das „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, 1. rue de Valenciennes, 7, und durch die Postanstalt zu beziehen. Preis pro Woche 1.15 Bfg. 4 Wochen 4.50 Bfg. 10 Wochen 11.50 Bfg. 10 Bogen 11.50 Bfg. Preis für den Ausland 1.50 Bfg. wo keine Post am Orte 1.94 Bfg.

Volkswacht

für Schlesien und „Diegnitzer Volkszeitung“.

Das Abonnement beträgt für die einzelnen Nummern 1 Bfg. 10 Nummern 10 Bfg. 10 Bogen 11.50 Bfg. 10 Bogen 11.50 Bfg. Preis für den Ausland 1.50 Bfg. wo keine Post am Orte 1.94 Bfg.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 220.

Breslau, Donnerstag, den 20. September 1917.

28. Jahrgang.

Dem Frieden entgegen!

Kein ernstliches Hindernis mehr!

Rotterdam, 19. September. Der „Manchester Guardian“ schreibt zu den Gerüchten von einem Entgegenkommen Deutschlands in der belgischen Frage: Die Gerüchte sind vorläufig noch unbefätigt, aber die große liberale Partei Englands ist der Ueberzeugung, daß es außer Belgien kein ernstliches Hindernis zu einem Friedensschluß geben darf. Wenn Deutschland über Belgien andere Ansichten hat, als wir bisher annahmen, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Welt vor einem neuen Winterfeldzug bewahrt werden kann.

Elsaß-Lothringen scheint danach die Engländer nichts mehr anzugehen. Von Deutschlands Haltung zu Belgien hängt alles ab.

Der letzte Verzweiflungsakt.

Genf, 19. September. Die „Humanité“ meldet: Painschens Rede ist ein letzter Verzweiflungsversuch, das Tor zum Frieden zu verdecken. Der sozialistische Kongreß, der am 6. Oktober in Bordeaux zusammentritt, wird Painschens zur Gewißheit bringen, daß das Tor zum Frieden schon offen steht. Frankreich darf unter keinen Umständen das Unglück eines neuen Winterfeldzuges über sich ergehen lassen.

Endlich bricht sich auch in Frankreich diese Ueberzeugung Bahn! Endlich!

Die russische Republik

für baldigen Frieden.

Basel, 19. September. Die „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Das Direktorium der Republik hat dem Soldaten- und Arbeiterrat die Annahme seines Beschlusses vom 15. September mitgeteilt, der die Aufhebung aller Geheimverträge und einen baldigen demokratischen Frieden verlangt.

Allgemeine Uebersicht.

Die Blätter aller Länder sind voll von Vermutungen über den herannahenden Frieden. Auch französische Zeitungen erfahren aus diplomatischer Quelle, der Papst werde die Antwort der Mittelmächte auf seine Friedensnote an die Entente weiter leiten und zugleich eine neue Friedensnote überreichen, die im wesentlichen eine Erläuterung zur Antwort der Mittelmächte darstellen werde. Es sei der dringende Wunsch des Papstes, die Friedensfrage im Fluß zu halten und es soll ihm gelingen sein, die Unterstützung einer großen neutralen Macht (vermutlich Spanien), für die Friedensvorlage zu gewinnen. Es ist natürlich, daß sich in Nachrichten von solcher Tragweite viel Unsicheres und Unmotiviertes mischt. Ueber die Frage England und Belgien weiß der „Lokalanzeiger“ zu berichten: „Soweit wir unterrichtet sind, ist in jüngster Zeit in der Tat ein englischer Führer in Bezug auf die belgische Frage von befreundeter Seite erfolgt, und ebenso ist in gleich unverbindlicher Form eine Antwort erteilt worden, die sich mit der englischen Anregung, das belgische Kaufstund gegen die deutsch-afrikanischen Kolonien auszutauschen, beschäftigt. Ob die Antwort in positivem oder negativem Sinne gefaßt oder zuvor die Gewährung ausreichender Garantien für Belgien gefordert hat, geht nicht aus dem Bericht hervor oder weniger zutreffender Mutmaßungen, deren sich die Öffentlichkeit bemächtigt hat. Hierzu gehört auch die Behauptung, England sei entschlossen, uns Teile des Kongo-Gebietes gegen Deutsch-Südwestafrika anzubieten. Soweit darüber, wie wir zu wissen glauben, die Dinge lange noch nicht gediehen sein. Immerhin verdient aber die Tatsache, daß die britische Regierung es bereits für angezeigt hält, einen Führer in dieser wichtigsten aller Kriegs- und Friedensfragen auszusprechen, die ihr gebührende Beachtung. Wir nehmen an, daß auch die Öffentlichkeit demnächst etwas Näheres von der Auffassung der deutschen Regierung und dem Standpunkt, den sie in der belgischen Frage einzunehmen sich entschlossen hat, erfahren wird.“ Erst dann werden wir wissen, ob die mancherlei Kombinationen, die von rechts und links an die neuesten Vorgänge hinter den Kulissen geknüpft werden, als berechtigt gelten können oder nicht.

Zu demselben Thema wiederholt das „Berliner Tageblatt“ seine früheren Versicherungen, daß die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensbotschaft in der belgischen Frage einseitig verständigend und

ins einzelne gehende Erklärungen nicht enthalten wird. Zu dem Vorschlage des Papstes, der auf die Einführung eines internationalen Schiedsgerichts abzielt, dürfte die Note im allgemeinen in entgegenkommender Weise Stellung nehmen, dies allerdings nicht ohne Hinweis, daß bisher alle Versuche, den Gedanken in die Wirklichkeit zu überführen, gescheitert seien, daß also zum mindesten bestimmte Vorschläge des Papstes über den einzuschlagenden Weg abgewartet werden müßten.

Auch in amerikanischen Finanzkreisen erhält sich und wächst die Ueberzeugung, daß die Einleitung von Friedensverhandlungen noch vor Ende dieses Jahres möglich sein wird. In diesem Sinne lautende Mitteilungen wurden auch nach Paris telegraphiert. Ihre Veröffentlichung wurde nach der „Vossischen Zeitung“ aber auch dort durch die Zensur verhindert; offenbar befürchtete man in Paris von derartigen Nachrichten ein weiteres Anwachsen der kriegsgegnerischen Strömung, die den von dort zurückgekehrten amerikanischen Persönlichkeiten aufgefallen ist. Sie bemerken diese Stimmung, die einen ausgesprochen sozialrevolutionären Charakter trägt, allgemein in den breiten Schichten des Volkes.

In England wird der Friedensgedanke besonders in den leitenden katholischen Kreisen wachgehalten. Cardinal Bourne erklärte den Angehörigen dieser Kreise erneut, daß das Friedensangebot des Papstes der alleinigen Initiative des Heiligen Vaters entspringe, der an den Hoffnungen die er darauf setzte, festhalte. In Amerika wird die kriegsgegnerische Strömung erheblich gestärkt durch die Agitation gegen den Krieg, die aus Unioersitätskreisen mit berühmten Professoren der Columbia-Universität an der Spitze eingeleitet worden ist und überall in den Universitäten in den Vereinigten Staaten an Boden gewinnt. Die Agitation fordert, daß keine weiteren amerikanischen Truppen nach Frankreich geschickt werden. Die Stimmung der amerikanischen Finanzkreise, die die Kriegskonjunktur jetzt erheblich geringer einschätzen als früher, ist auch beeinflusst durch die Lage auf dem Markt für Rüstungswerte. Hier hat Wilsons Festsetzung sehr mäßig bemessener Höchstpreise und die gleich von vornherein eingeführte schwere Besteuerung der Kriegsgewinne geradezu einen Fortschritt herbeigeführt. Ein Beispiel davon: Die Bethlehem-Stahl-Company, welche im verflochtenen Jahre auf die gewöhnlichen Aktien 30 vom Hundert Dividende zeigte, ist jetzt genötigt, für die neuen Vorkursaktien eine achtprozentige Verzinsung anzubieten. Gerade weil die Friedensstimmung in der amerikanischen Finanz auf einer derartigen Grundlage beruht, verdient sie vielleicht Beachtung.

Eine Förderung der Friedensbewegung darf man auch von der Mitteilung erwarten, daß die russische Regierung bereit ist, den Ostprovinzen Estland, Livland und Kurland die Selbständigkeit einzuräumen. Damit gehen die Verhältnisse im Osten ihrer Neuordnung entgegen.

Die italienische Regierung scheint alle Hände voll zu tun zu haben, um sich ihrer Friedensfreunde im Lande zu erwehren zu können. So hat sie die Strafverfolgung des Abgeordneten Laccari wegen der Veröffentlichung eines Rundschreibens angeordnet, in dem Laccari für einen Friedensschluß noch vor Wintersanfang eingetreten ist — ein schreckliches Verbrechen! Ferner hat er an die Gemeinderäte die Aufforderung gerichtet, zurückzutreten, um dadurch die Fortsetzung des Krieges zu erschweren. Raum ist jedoch die Bewegung an einer Stelle unterdrückt, dann hebt sie an einer anderen ihr Haupt. In Rom fanden Versammlungen aller Sektionen der Arbeiter sowie auch Vollversammlungen der sozialistischen Partei statt. Die zur Teilnahme anregenden Aufrufe sprechen von Fragen außerordentlich Wichtigkeit, die zur Verhandlung gelangen sollen. Solche Fragen sind jetzt immer Fragen des Friedens.

Der englische Führer.

Die „Schlesische Morgenzeitung“ erhält von angeblich zuverlässiger Seite folgende Mitteilungen:

Erst vor Kurzem steht es fest, daß England durch eine neutrale Macht einen recht deutlichen Friedensführer ausgesprochen und dabei sogar seine Bedingungen mitgeteilt hat. Wir sollen daher als Voraussetzung und dann als Grund

Schon vor wenigen Monaten befürchteten eingeweihte Kreise in Deutschland, England werde als erste Bedingung die Einstellung des U-Boot-Baues verlangen, ehe es überhaupt zu verhandeln beginne. (Gemeint ist wohl der U-Boot-Krieg. Red. d. B.) Und man weiß auch, daß Herr von Bethmann-Hollweg nicht abgeneigt war, falls diese Forderung kam, nachzugeben. Jetzt soll diese englische Forderung tatsächlich vorliegen.

England selbst macht folgende Zugeständnisse:

Abschluß eines Neutralitätsvertrages über Belgien.

Austausch von französischen Gebieten gegen deutsche oder deutsches Kolonialgebiet und Abtrennung von Deutsch-Südwestafrika unter Zurückgabe aller sonstigen afrikanischen Besitzungen an Deutschland.

Deutschland soll weiter möglichst freie Hand im Osten behalten und auf dem Balkan soll die Kriegskarte gelten.

In England soll sogar nicht abgeneigt sein, eine Kriegskostenentschädigung zu zahlen.

„Aus dem Angebot ergibt sich, daß England es mit einem Frieden sehr eilig hat“, sagt die „Schles. Morgenztg.“, aber schließlich wird es wohl nicht England allein sein, dem ein schleuniger Frieden sehr wohl täte.

Wart das Zentrum fest?

Unter der Ueberschrift „Dem Frieden entgegen!“ schreibt man dem Breslauer Zentrumsblatte, der „Schles. Volksztg.“, folgendes:

In der belgischen Frage steht die deutsche Reichsregierung vor wichtigen und schwerwiegenden Entschlüssen. Die belgische Frage ist zum Mittelpunkt der ganzen Welt noch andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen geworden. Deutschland hat nie eine Vernichtung der nationalen Selbständigkeit Belgiens angestrebt. Was auch hätte die deutsche Politik und das deutsche Volk von einem bezüglichen Akt für Augen haben können? Es müßte, entsprechend unsern von Anfang an ausgesprochenen Zielen der Verteidigung und Abwehr in der Richtung unserer politischen und militärischen Absichten gegen den belgischen Zustand wiederherzustellen, sobald die Bedingungen, welche uns zu einem Eingriff in die bisherigen Verhältnisse gezwungen haben, in Wegfall gekommen sind. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß gewisse Bürgerpflichten, unerschütterlich und unangreifbar sicher gestellt, geschaffen werden müssen, deren Vorhandensein die Gewähr dafür bietet, daß die Wiederholung des Zustandes von 1914, wonach die Gegner sich Belgien als Aufmarschgebiet gegen Deutschland bedienen, ausgeschlossen ist. Die Regelung dieser Dinge im einzelnen muß naturgemäß den Friedensverhandlungen selbst überlassen bleiben. Eine grundsätzliche Stellungnahme der deutschen Reichsregierung aber gegenüber Belgien ist unerlässlich, wenn entsprechend der Entschließung des Reichstages und der in gleicher Gebantenrichtung sich bewegenden parlamentarischen Friedensaktion ein Boden geschaffen werden soll, auf welchem die einander gegenüberstehenden Parteien vorerst wenigstens zu einer grundsätzlichen Einigung und Verständigung kommen sollen. Wird eine Einigung geschaffen — und wir zweifeln nicht daran, daß wir auf dem besten Wege dazu sind — dann werden wir in erheblichem Maße dem Frieden näher kommen.“

Also das Zentrum wird festhalten! Das ist sehr wichtig! Denn bald wird sich das Geschick erheben, daß England auf dem letzten Boche preise und wir deshalb auf seine Bedingungen nicht eingehen, sondern noch ein Vierteljahr weiter kämpfen müssen. Darin liegt eine ungeheure Gefahr. Denn wir könnten damit so hineinfallen, als unsere Gegner, die ja das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 auch damit beantworteten, daß Deutschland fertig sei und man auf sein Anerbieten nicht eingehen brauche. Das wir uns nicht wie sie verrechnen!

Gegen einen „launen“ Frieden.

In diesem Zusammenhange muß eine Mitteilung des „Vorwärts“ Befremden erregen, nach welcher die von den Alldeutschen geforderte Aufklärungsarbeit gegen die Mehrheit des Reichstags an amtlichen Stellen tatsächlich vorbereitet wird. Geplant sei eine allgemeine Propaganda gegen den „launen“ Frieden“ und die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse. Druckschriften, Bilder und Filme gegen den „Verzichtfrieden“ seien in Vorbereitung. Der „Vorwärts“ teilt weiter mit:

„Anmachen in diesem Sinne werden schon jetzt so und dort gehalten. In einzelnen Fällen ist es sogar gelungen, daß Besorgnisse über Unruhe einen aufzuheben, so zum Beispiel in die neue Marschallstraße zu ziehen. Die Leute sind dann gewillt, aber auch Ausfälle zu machen. „Kein Zeit kein Geld“ — um es hier möglichst mit ihren Worten nicht zu verstehen — die werden nicht, daß der demnach noch reichhaltiger hinter die Kulissen gehen, um die Welt an, daß es davon nicht mehr ist. Es ist aber, um

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 19. September. (Kritik.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern war zwischen dem Houthouster Walde und der Bys gefehert den ganzen Tag über der Artilleriekampf gesteigert.

Bei Lens und St. Quentin herrschte lebhaftes Gefechts-tätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nordöstlich von Soissons, am Aisne-Marne-Kanal und westlich der Suippes-Niederung bekämpften sich die Artillerien zeitweilig unter hartem Munitioneinsatz.

Auf dem Ostufer der Maas brachen die Franzosen nach langer, kräftiger Feuerbereitung westlich der Straße Beaumont-Bacheraville in drei Kilometer Breite ganz Angriff vor.

Die ersten, in unserem Abwehrfeuer schnell wachsenden Sturmwellen des Feindes wurden von den tiefgeleiteten folgenden Reserven zu erneuertem Angriff vorgerissen.

Der Tag hat die Franzosen wieder hohe Verluste ge-liefert, ohne ihnen den geringsten Vorteil zu bringen.

Western sind 18 feindliche Flugzeuge zum Abwurf gebracht worden. Blaufeldwibel Thom schloß drei, Leutnant Thuy zwei Segner ab.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold. Bei Dinaburg und im Hogen am End hat die Feuerstätigkeit der Russen merklich zuge-nommen.

Front Erzherzog Joseph. Starke Angriffe der Rumänen richteten sich gegen unsere Höhenstellungen südlich des Ditoz-Tales. Der südlich von Groszest anfänglich eingebrochene Feind wurde durch kräftigen Gegenstoß gemessen. Im übrigen schon durch Feuer abgewiesen und hätte außer blutigen Ver-lusten zahlreiche Gefangene ein.

Heeresgruppe Mackensen. Bei Karnita und Muncelul wiederholten rumänische Truppen ihre Angriffe, die ihnen erneut einen Mißerfolg brachten.

Mazedonische Front.

Im Westen von Monastir und in der Enge zwischen Prespa- und Ochrida-See verstärkte sich die Artillerietätigkeit. Westlich des Dojran-Sees kam zu Vorkampfbefechten, in denen die Bulgaren englische gemischte Abteilungen vertrieben.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Berlin, 19. September, abends. (Kritik.)

Der Artilleriekampf in Flandern dauert an. Sonst nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. September. (Kritik.)

Beiderseits des Ditoz-Tales schlugen wir starke rumänische Angriffe ab. Durch solchen Gegenstoß wurde der an einer Stelle eingebrochene Feind völlig ge-worfen; seine Verluste sind erheblich.

Bei der Heeresgruppe des Freiherrn v. Conrad führte der zur Wiedergewinnung eines vordringenden dem Feind überlassenen Frontstückes bei Carzano eingeleitete Gegen-angriff zu vollem Erfolge. An Gefangenen wurden hier sechs Offiziere und über 300 Mann eingebracht.

Auflebende Kämpfe.

Berlin, 19. September. (W. T.-B.) Nach der Erschöp-fungspause in den Angriffen der Entente ist der Kampf an allen Fronten wieder angelebt.

In Flandern entfallen die Engländer neuerdings eine rege Tätigkeit. Außer dem starken Trommelfeuern mit gewal-tigem Munitionseinsatz, das an den verschiedenen Stellen schlagartig einsetzte, deuten auch Truppenbewegungen auf neue englische Angriffsabsichten hin. Westlich von Bapaume wurde das Auffallen der englischen Trichter erkannt. Am Billebeter-See und bei Pilleme wurden marschierende Kolonnen beobachtet und unter wirksamem Feuer genommen. Die englischen In-fanterie- und Artillerieformationen litten beträchtlich unter der Abwehrwirkung der deutschen Artillerie. Zahlreiche starke Explosionen konnten festgestellt werden.

Im Ostfeld war die Feuerstätigkeit besonders bei Achenille gesteigert. Nordlich des La Bassée-Kanals gelang es den Deutschen nach Sprengen einer Mine, deren Trichter zu besetzen. Bei St. Quentin kam es nur zu Patrouillengefechten. Die Mine der Kathedralen von St. Quentin erhielt mehrere Treffer.

An der Aisne-Front war die Artillerietätigkeit stark ge-steigert. Nordlich Reims drangen deutsche Stoßtrupps süd-östlich Courcy bis in den zweiten französischen Graben vor, fügten den Franzosen erhebliche Verluste zu und kehrten mit einer Anzahl Gefangener zurück.

Auf dem östlichen Maas-Ufer versuchten die Franzosen einen neuen Angriff. Um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags brachen sie nach kurzer heftiger Feuerbereitung in drei Kilome-ter Breite vom Nordhang der Höhe 344 bis zur Straße Beaumont-Bacheraville zum Angriff vor. Den ersten Angriffswellen folgten tiefgeleitete mächtige Reserven. Das deutsche Abwehrfeuer setzte unmittelbar, nachdem die ersten Franzosen ihren Graben verlassen hatten, mit einem ver-nichtenden Eisenhagel ein. Die vorderen Sturmwellen kamen nicht einmal bis an das deutsche Hindernis. Sie kehrten um und flüchteten, wurden aber von der Wucht der nachdrängen-den Reserven wieder vorgerissen. Infolge ihrer Massierung hatten diese im deutschen Widerstandswand fortwährende Verluste. Nur ein geringer Teil gelangte bis an die deutschen Gräben, wo er niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Die übrigen wandten sich jetzt zur Flucht. Verzweifelt mähnten sich die überlebenden Sturmtruppen, die letzten Dämme, die sie herabgestürzt waren, wieder zu erklimmen. Unter den regel-mäßig zurückbleibenden dichten Massen schlug das deutsche Ber-nichtungsgeschütz verheerend ein. Der Nordhang der Höhe 344 liegt voll totter Franzosen.

Die Feuerstätigkeit war beiderseits außerordentlich rege. Deutsche Geschwader besetzten Bahnhöfe und Truppenunter-lünfte in der Nacht vom 18. zum 19. September ausgiebig mit Bomben. In Argonne erkrankte ein Hund, der lange Zeit anhält. In Metz wurde ein Munitionslager in die Luft gesprengt.

Kuch im Osten ist die Kampfstätigkeit aufgelöst. An der Riga-Front versuchten die Russen mehrere vergebliche Zeil-vorstöße in Stärke von einigen Kompagnien.

An der Wolban hat ein neuer russo-rumänischer Angriff eingesetzt. Starkem Feuer am Morgen des 18. Sep-tember vom Ditoz- bis zum Cassin-Tal folgte eine Anzahl schwächerer erfolgloser Teilangriffe nördlich der Glasfabrik. Am Nachmittag setzten dann nach neuer starker Artillerie-vorbereitung von der Glasfabrik bis zur Ditoz-Strasse heftige tiefgeleitete Angriffe ein. An der Glasfabrik wurden sie reiflos abgewiesen. Südlich von Groszest wurde ein rumänischer Infanterieangriff durch Gegenstoß wieder völlig aufge-schoben. Bei Karnita wiederholten die Rumänen die Angriffe

des Vortages wiederum ohne jeden Erfolg, ebenso nordwestlich Muncelul, wo die Rumänen einen überraschenden Zeilvorstöß versuchten, der im Abwehrfeuer der Verbündeten reiflos an-sammenbrach.

Die Affaire Lurmel.

Paris, 19. September. (Agence Luch.) Der Brief des Oberstaatsanwalts an die Kammer, in dem dieser die Ermäch-tigung zur Einleitung des Verfahrens gegen Lurmel nachsucht, enthält aus die Umstände, unter denen die Entdeckung der 25.000 Francs in schweizerischen Banknoten in der Kammer stattfand, auf das Lurmel seinen Anspruch erhebt und über deren Gehalt er drei von einander abweichende Erklärungen gab. Die zweimalige Ladung beachtete Lurmel nicht, der Verdacht ist also begründet, daß die von Lurmel in der Schweiz vorgenom-menen Operationen einen geschäftlichen Charakter hatten und unter das Gesetz fallen, das jede Beziehung wirtschaftlicher Art mit Amerikanern sündlicher Mächte verbietet. Infolgedessen for-dert der Oberstaatsanwalt von der Kammer die Ermächtigung, das Verfahren gegen Lurmel einzuleiten. Der Kammeraus-schuß für die Angelegenheit Lurmel beschloß, dessen parlamentarische Unverletzlichkeit aufzuheben. Der Bericht des Ausschusses wird zu Beginn des Stammesitzung am 19. September eingelesen werden. Die zur Prüfung des Falles der Verfolgungsermäch-tigung gegen Lurmel gebildete Kommission, die aus elf Mitgliedern besteht, beschloß einstimmig, der vom Justizminister einge-ten Ermächtigung zur Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen Lurmel zuzustimmen. Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, daß die von dem Oberstaatsanwalt angeführten Umstände nicht sehr triftig seien, fügten jedoch hinzu, daß sie nichtschweizerischer für die Einleitung des Verfahrens stimmten, schon im Interesse Lurmels selbst, um es ihm zu ermöglichen, vollkommenen Recht in die Angelegenheit zu bringen.

Antikliche Berichte der Segner.

Russischer Bericht vom 18. September. Westfront: In Richtung auf Riga keine Veränderung. In der Gegend nordwestlich von Friedrichsdorf befehten unsere Abtei-lungen ein Gefäß südlich der Ortschaft Ividen. Wir nahmen ein Maschinengewehr. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer und Erkundungstätigkeit.

Rumänische Front: Im Tale des Susita-Flusses griffen am 17. September nach Artillerievorbereitung die Rumänen an und besetzten den besetzten Abschnitt der feindlichen Stellung. In der Gegend von Baralta am 16. September versuchte der Feind nach lebhafter Beschließung mit Gasgranaten die rumänischen Stellungen in der Gegend von Panciu-Peresceci anzugreifen; die Versuche wurden durch Gewehr- und Artilleriefeuer zurückgewiesen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Einseitige Beschlüsse über Elbst-Verträge. Nach dem „Berl. Boten.“ bereiten sich im Schoße der Reichsregierung die endgiltigen Beschlüsse über die Zukunft des Reichslandes vor; der Bundesrat und der Reichstag dürften auch bald mit ihr befaßt werden.

Adresse an China. (Reuter.) Der österreichisch-ungarische Gesandte und der österreichisch-ungarische sowie der deutsche Konsul mit ihrem Stabe, insgesamt 36 Personen, sind auf dem holländischen Dampfer „Orange“ nach San Francisco abgereist.

Costarica gegen Deutschland. Wie aus New York nach Holland gemeldet wird, sollen nach Depeschen aus San José, der Hauptstadt der mittelamerikanischen Republik Costarica, dort die Beziehungen zu Deutschland sehr gespannt sein. Der Präsident habe eine Verhöhnung deutscher Bewohner erwidert, welche mit dem früheren Präsidenten zusammenarbeitete. Drei führende Deutsche wurden verhaftet und der Befehl erteilt, sämtliche in den Häfen von Costarica wohnenden Deutschen zu internieren.

Politische Uebersicht.

Ein Steuerorschlag.

Ein Leser schreibt uns: Zufällig lese ich, daß der nen-nerannte Ministerdirektor Herr Dr. Schiffer sich über eine neue große Steuerreform ausgesprochen hat. Er legte dar, wie die Steuerreform erfolgen soll. Erstens müssen die neuen Steuern rationaler ertragreich sein, meinte er, doch sollen möglichst wenig verschiedene Steuerarten den notwendigen Ertrag liefern. Also unter allen Umständen lieber weniger, aber große einschneidende Eingriffe. Jeder Steuerzahler soll ferner in der Lage sein, die Höhe seiner Steuern zu jeder Zeit zu über-schauen, um diese von vornherein in seine Bilanz einstellen zu können. Weiter sollen die Steuern nur eines einfachen Ver-waltungsapparates bedürfen, ihre Eingehung die geringst-möglichen Kosten verursachen. Drittens heißt es: Dabei werden wir — wie bisher — die sozialpolitischen Grundzüge nicht ver-lassen, und im Rahmen der Möglichkeit den kleinen Steuer-zahler zu schonen trachten. Doch rechnen wir damit, daß sich niemand dem Staatsnotwendigkeiten verschließen wird, oder sich auch nur durch Verschleichen können. — Weiter ist noch zu erwähnen, daß Herr Dr. Schiffer vor Kapitalabwanderung und Steuerflucht nicht bangt ist. Er meinte: „Die Elemente, die Staatssekretär Dr. Helfferich so treffend als Schmetter-linge bezeichnet hat, werden hier schon zu fassen und zu spießen wissen.“ Er werden Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, daß jedem die Luft vergehen wird, dem Staate seine Rechte zu entziehen.“

Soweit Herr Dr. Schiffer. Ich möchte ihm dazu folgende Vorschläge unterbreiten: Ausgehend davon, daß die kleinen Steuerzahler nach Mög-lichkeit zu schonen sind, denke ich mir die Sache folgendermaßen: Wenn ich mich recht entsinne, haben wir Anfangs 1914 einen einmahligen Mehrbeitrag gezahlt, und zwar so, daß derjenige mit 4000 Mark Vermögen 15 Mark Mehrbeitragssteuer zahlen mußte. Dieser einmalige Beitrag hat rund eine Milliarde Mark gebracht. Auf Grund dieses Beitrages ließe sich auch heute sehr gut operieren und es könnte auf diese Art und Weise die ungeheure Schuldenlast fast schmerzlos getilgt werden. Nehmen wir an, wir brauchen oder haben heute 100 Milliarden zu tilgen, folglich erhöht die Regierung obigen Satz um hundert mal höher, also auf 1500 Mark. Es müßten jetzt von 4000 Mark Vermögen 1500 Mark Mehrbeitrag gezahlt werden. Um dies nun schmerzlos zu machen, müßte man die 1500 Mark, die wir jetzt auf 5 Jahre, das macht pro Jahr 300 Mark, und dies könnte mittels von 4000 Mark angedeckt werden. Da der Steuerfuß um 100 Mal gesteigert würde, würde auch das Ergebnis um 100 Mal gesteigert werden, und wir hätten in 5 Jahren die ungeheure Summe von 100 Mil-larden fast schmerzlos, einfach und gerecht bekommen. Ich bitte Herrn Dr. Schiffer zu prüfen, ob dieser Vorschlag nicht allen seinen Grundzügen gerecht wird, und demnach zur Ausführung kommen müßte.

Parteiangelegenheiten.

Für Freiheit und Frieden.

In einer gut besetzten Versammlung in Weimar, in der für den nachherigen Reichstag die Fragen des Abwärtens Haupt über die Einheitsliste für Frieden und Frei-heit hand, und die

den konnte, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der ein Verständigungsfrieden und Demokratisierung der Ver-fassung gefordert wurde.

Vor mehr als 2000 Personen sprach am Dienstag Abgeord-neter Schödl in Berlin für den Frieden und die Demokratie. Zwei Vertreter des Arbeiterparties, ein Ober-lehrer und ein Pastor, traten ihm entgegen. Sie forderten die Fortsetzung des Krieges, bis die Gegner niedergeboren sind; ferner Unionisten in Ost und West. Nur wenige Dutzend Ver-träger des Arbeiterparties stimmten ihnen zu, dagegen laubten der Rest und Abgeordneter Reichsfraktion Zustimmung, als sie den Friedenskrieg sehr verurteilten und für den Verständigungs-frieden eintraten. Eine in Berlin in diesem Sinne gehaltene Resolutions-fest gegen keine Stimmen erntete.

Schlesien und Posen.

Die Öffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen.

Gleichmütliche Aufregungen hat der Bürgerweihen von Brichberg am 12. in der letzten Stadtverordneten-Sitzung produziert. Dem „Boten“ wird darüber geschrieben:

In der am Freitag abend stattgefundenen Stadtverord-neten-Sitzung hielt der Bürgermeister Crimer zunächst eine An-sprache, in welcher seinen Wünschen nachher aus sprach, daß Stadtverordnete mit Bürgern über die in öffent-lichen Stadtverordneten-Sitzungen zur Verhandlung gelangten Gegenstände sprechen, jedoch die Berichte über die Sitzun-gen in auswärtigen Zeitungen früher und oft ausführlicher ständen, als in der „Freiburger Zeitung“. Diese letztere aber erhalte ihren Bericht vom ihm, dem Bürgermeister. Der öffent-liche Anschlag der Tagesordnung im Rathaussteller ist schon unüblich.

Es ist kaum glaublich, daß ein Bürgermeister sich so ge-lüßert haben soll. Auf jeden Fall ist die Auffassung mehr als falsch und unrichtig. Ein Bürgermeister hat den Stadtverord-neten weder etwas zu gestatten, noch etwas zu verbieten. Die Stadtverordnetenversammlung ist ihr kon-tröle der bürgermeisterlichen Verwaltung und nicht umgekehrt; der Bürgermeister und Kontrolle der Stadtverordneten. Versam-mlung d. a. Die Sitzungen der Versammlungen sind öffentlich, jeder Bürger hat so weit der Raum reicht, dazu Zutritt, und die Stadtverordneten haben nicht nur das unabweisbare Recht, sondern unseres Erachtens sogar die Pflicht, mit anderen Bür-gern über ihre Tätigkeit und ihre Beschlüsse zu sprechen. Auch die Art und Weise der Zusammenkunft der Versammlung geht den Bürgermeister nichts an. Auch das zu bestimmen, ist lediglich Sache der Stadtverordneten-Versammlung. Was haben im übrigen die Stadtverordneten und was hat der Vorsteher zu der Annahme des Bürgermeisters gesagt? Wenn der Bürgermeister es als Unbefugtes empfindet, daß das von ihm beherrschte Freiburger Blatt mit seinen Berichten hinter dem „Boten“ und anderen Blättern nachhinkt, so soll er bei seiner Verantwortlichkeit etwas Ähnliches schreiben.

Striegau, 20. September. Abgeschickte Graben-gesuche. Von Angehörigen des heeren den Vorgängen in Striegau Benutzten waren Gesuche um Begründung an den Kaiser gemeldet worden. Jetzt ist den Geschickten vom Staats-anwalt Dr. Sauer in Schweidnitz, der in den Prozessen die hohen Strafen beantragte, folgender Befehl zugegangen:

Ihr an Se. Majestät des Kaisers und Königs gerichtete Gesuch vom 28. August 1917 ist auf Allerhöchsten Befehl dem Herrn Justizminister und von diesem zur Prüfung und weite-ren Veranlassung mit angefertigt worden. Nach erfolgter Prü-fung eröffne ich Ihnen, daß ich keine Veranlassung gefunden habe, Ihr Gesuch höheren Ortes zu bestimmen, weshalb Sie auf dasselbe, der unter ersten Ermächtigung gemäß, demselben abschließend beschließen werden. J. A.: Dr. Sauer."

Es steht noch wegen der streitigen Striegauer Dorfsum-nisse insgesamt 79 Personen zu Gerichtshaus- und Gefäng-nisstrafen verurteilt worden.

Wäregersdorf, 20. August. Ein piffliges Bäcker-lein. Im „Wäregersdorfer Grenzboten“ seien wir; bekommt da ein Bäckerlein, das in einem sonst stillen und friedlichen Dorfe eines benachbarten Kreises wohnt, von dem zuständigen Landratsamt die Aufforderung, mehr Milch resp. Butter zu liefern. Prompt und pflichtgemäß antwortet der Bauer dem Landratsamt, daß er gleich im Eingang der Aufforderung in seinen Kuchfall gegangen sei und seinen Dänen die betreffenden Verfügung vorgelesen habe, die-selben jedoch allesamt ein sehr bedenkliches Gesicht dazu gemacht hätten.

Kupfersberg, 20. September. Bohnerforderungen der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter des hiesigen Er-zbergwerks hatten Bohnerforderungen an die Bergwerksverwal-tung gestellt. Die von der Verwaltung gemachten Zugestän-dnisse erachteten die Bergleute als nicht genügend und riefen den Schlichtungsausschuß in Jauer an. Hier wurde in einer Verhandlung ein Vergleich geschlossen, der für die Bergleute eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge bringt.

Laudan, 20. September. Ueberfahren. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde der Kaufmann Gabilowski aus Gölitz, als er im Begriff war, umzusteigen, von einer Dolo-motive überfahren und getötet.

Laudan, 20. September. Selbstmord im Ge-fängnis. Der Arbeiter August Krähig aus Waidorf, der dem Arbeitshaus in Schweidnitz entwichen war, wurde hier gefangenommen und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Am nächsten Morgen fand man ihn in der Zelle erhängt vor. Er hat das Futter aus seinem Hod herausgerissen und einen Strich daraus gebreht; diesen befestigte er an der Dfen-umarmung und erhängte sich daran.

Oppeln, 20. September. Töbliche Messer-kecherei unter Kriegsgefangenen. Zwischen drei kriegsgefangenen Russen, die auf dem Dominium So wabe beschäftigt waren, entbrach Streit. Die Folge war eine Messer-kecherei, bei der einer von ihnen mit dem Messer er-tochen wurde. Er wurde später als Leiche in Ställe gefunden.

Wentzen, 20. September. Arbeiterbestellung im Stadttheater. Zum Einleitungs von 30 Pfg. wurde am Montag abend die erste Vorstellung in dieser Spielperiode gegeben. Auf das Glück: Ein herrlicherer Lerner wird ge-glaubt, soll hier nicht eingegangen werden, sondern auf die un-pflichtige Entscheidung der Parteibestellung, worüber Unzufrie-denheit besteht, die sich bei jedem Wähler der hiesigen maßgebenden Parteien leicht befehlen ließe. Jetzt werden die Wähler gegen Hoffe an der Theaterkasse ausgegeben. Um 12 Uhr mit-tags waren am Montag die Karten ausverkauft, bis auf einige Gallerieplätze. Wer nicht kaufte, daß der Kartenerwerb be-zugs am Montag um 8 Uhr nachmittags begann, und erst um 9 bis 7 Uhr sich seine Karte holen wollte, machte den Weg un-möglich. Eine größere Veranstaltung würde es sein, wenn die Wähler sich zur Wahl bei in den Parteien der Wähler die Anweisungen für die Karten ausgeben würden. Jedemfalls sollte der Kartenerwerb baldigt besser ge-regelt werden. Auch ist es nicht richtig, daß jede Person, die in 12 Karten lösen kann, gekauft werden dürfen. In die letzten Vorstellungen sollten, zurückgekehrt, was eine doppelt-Bezahlung nach dem gewöhnlichen Gebrauche. Darum soll die Kartenerwerb für jeden einen vom hiesigen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. September.

Geht unsere Partei den rechten Weg?

Ueber dieses Thema sprachen in zwei gut besuchten Stadtteil-Versammlungen gestern Abend die Genossen Lbbe und Dars gegen die Angriffe, denen unsere Partei von alldemokratischer und unabhängiger sozialistischer Seite ausgesetzt ist.

Heute finden zwei weitere Versammlungen im „Deutschen Kaiser“ in Bapelwitz und bei Hering, Heimrichstraße 5, statt.

Schutz den Mietern!

Ueber den Mieterschutz, den Klagen der Vermieter beschlossen hat, lesen wir im „Berliner Volksanzeiger“:

Der Bundesrat hatte im Juli d. J. eine Verordnung erlassen, die bestimmte, zugunsten der Mieter unbedingte Mietpreiserhungen und Minderungen der Vermieter entgegenzusetzen.

In es sehr schwer ist, im Wege des ubrigelassenen Prozents auf die rechtzeitige Einreichung des Mieter-Klagen, ist jetzt in einer anderen Weise Abhilfe geschaffen worden.

Da es sehr schwer ist, im Wege des ubrigelassenen Prozents auf die rechtzeitige Einreichung des Mieter-Klagen, ist jetzt in einer anderen Weise Abhilfe geschaffen worden.

In Breslau haben die Mieter nun nötig, sich an den Kriegsminister, an der Elfenstrae 3, zu wenden.

Wichtig für Schiffer.

Der selbst. Kommandierende General und der Kommandant von Breslau haben eine Anordnung erlassen, wonach jetzt auch ländliche Fahrzeuge, die in den Fahnen der Ober innerhalb des Bereichs des VI. Armeekorps bergwärts Ladung einnehmen, sich dem jeweiligen Wasserstand entsprechend zu beladen haben.

Aus aller Welt.

Wie die Kriegsgesellschaften verdienen.

Unser Pariserer Parteimitglied klerke in diesem Tagen zu dem Kapitel der Kriegsgesellschaften einen bemerkenswerten Beitrag. In einem Polemik wegen der Gründung einer Lebergesellschaft sagt es, dass der Geschäftsführer, der nebenbei sein Geschäft betreibt, das ihm jährlich einhunderttausend Mark Gewinn erwirkt, als Geschäftsführer der Gesellschaft im Minimum 50.000 Mark - 2 Prozent des Umsatzes - höchstwahrscheinlich aber bedeutend mehr verdient.

Es ist nicht wahr, dass der Geschäftsführer aus diesem Einkommen die Geschaftsmittel zu beschaffen hat. Wenn wenig hat er für Löhne, Gehälter, Miete usw. zu bezahlen. Beträgt doch die Miete allein 25.000 Mark. Bedenkt man, dass es in ganz Deutschland 24 solcher Lebergesellschaften gibt, so erhält man einen Begriff von den enormen Summen, die allein für die Geschäftsführung solcher Stellen ausgegeben werden.

Am ersten Mai im besetzten Czernowitz. Ueber die Majfeier der Russen in Czernowitz erfährt die „Wiener Arbeiterzeitung“ jetzt: Der 1. Mai wurde festlich begangen. Ein gewaltiger Zug bewegte sich durch die Stadt unter Musiklangen.

Befandsaufnahme über die Gasthauswasche usw.

Im Gemeindefeblatt vom 19. September macht der Magistrat bekannt, dass am 1. Oktober 1917 eine Befandsaufnahme der Bett-, Haus- und Tischwäsche in Gast- und Schenkwirtschaften und ähnlichen Betrieben vorgenommen wird.

Meldepflichtige Betriebe, die bis 25. September keine Meldekarte bekommen, haben sich die Meldekarte im zuständigen Polizeibezirk oder im Statistischen Amt (Gartenstrae 3, Zimmer 6) zu holen.

Errichtung eines Wohlfahrthauses.

Vor drei Jahren haben die Stadtverordneten einen Antrag abgelehnt, im Norden der Stadt ein Wohlfahrthaus zu errichten. Der Magistrat hat nun aber eine neue Vorlage eingebracht. Er beantragt den Ankauf des Hausgrundstücks Michaelisstrae 36 für 128.000 Mark.

Frangosisch für begabte Volksschüler.

Den Stadtverordneten liegt ein Antrag des Magistrats vor, dass vom 1. Oktober 1917 ab eine Klasse zur Erziehung französischer Unterichts an sechs begabte Schüler und Schulistinnen unserer Volksschulen errichtet werden soll.

Klasse errichtet werden. Die Zahl der Teilnehmer soll höchstens 30 betragen. Hierbei soll einmal beschied werden, dass auch Kinder an dem Unterricht teilnehmen, die nach ihrer Begabung nicht die Berechtigung dazu haben, denn aber soll auch die berühmtesten für ihre Teilnahmezahl zur Erhaltung des Erfolges beitragen.

Reichsliste für Seefischerei.

In der „Deutschen Fischereizeitung“ fordert der Direktor der Fischereihafen-Betriebsgenossenschaft Westpreußen eine amtliche Reichsliste für die Seefischerei, die entweder dem Reichsamt des Innern oder dem neuen Reichswirtschaftsamt einzureichen wäre.

Die deutsche Schaffnatur beschlagnahmt.

Heute ist eine Bekanntmachung über Beschlagnahme und Befandserhebung der deutschen Schaffnatur und des Wohlgefalles bei den deutschen Gerbereien in Kraft getreten.

Waisenernte und uneheliche Kinder.

Welche Furten in der Gesetzgebung hinsichtlich der schon in vieler Hinsicht fiesmutterlich behandelten unehelich geborenen Kinder noch zu befestigen wären, bewies eine Verhandlung in der letzten Sitzung des Oberburcherungsamts.

Arbeitswechsel der Marineoldaten.

In unserem Bericht vom Schlichtungsamt für die Nummer vom 13. September schreibt uns die Firma Aufmann: Der Schlosser Eduard Borkel hat während des letzten fünf Wochen

Table with 2 columns: hours and amount. Row 1: 38 Stunden 47,33 RM. Row 2: 45 47,08. Row 3: 55 52,55. Row 4: 55 52,25. Row 5: 55 50,14.

verdient, b. h. in der Stunde durchschnittlich 22,6, 103,2, 97, 94,9 und 91,1 Pfg. Die Angabe, dass sein Durchschnittslohn nur 24 RM. betrug, ist daher vollkommen unrichtig.

Auch die Angabe, dass der Lohn für Dents, die wegen ihres Militarbedienstes ihre Arbeit bei den Aufmann-Werken unterbrechen müssten, niedriger ist, als der Lohn derjenigen, die ununterbrochen gearbeitet haben, beruht offenbar auf einem Irrtum, da in unseren Werken die Gespinntheit besteht, dass diejenigen Arbeitnehmer, die aus dem Heeresdienst zu unseren Werken zurückkehren, die gleichen Lohn erhalten, die gleichartige Arbeiter insgesamt verdienen.

Deutscher Elternbandverband. Die nächste Mitgliederversammlung ist Sonnabend, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, bei Egner, Mauritzstrae. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, da auch nachweislich der Vertrauensmann zur ubervornahme faktischer muss für die neu hinzugekommenen Dienstwege (wie Oberbau, Betriebs- und Hilfsarbeiten). Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Mitglieder, die mitbringen, sie gelten als Ausweis.

bes Arbeiter- und Soldatenrates ist auch folgender Vorfall bezeichnend: Im Arbeiterheim wird ein Kino betrieben. Beim Einzug der Russen setzte es ein Ingenieur in Betrieb. Nach der Revolution verlangten dagegen unsere Genossen, dass ihnen das Haus zurückgestellt werde.

Neue Briefmarken in Russland. Die vorläufig in Gebrauch kommenden Briefmarken der neuen Regierung in Russland bestehen - wie der Berner „Bund“ mitteilt - in den früheren kaiserlichen Briefmarken mit einem Ueberdruck, auf dem eine physische Mue mit gekranzten Schenkeln und den Worten: „Freiheit, Gleichheit und Bruderkutte“ zu sehen ist.

Bücherschau.

Der Mannermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Verhaltung. Dr. R. Baerling. Verlag der Reichlichen Rundschau, München, 1917.

Manch neue Idee bringt Baerling in seinem interessanten Buche zur Sprache, viel Wahres. Ob aber die von ihm vorgeschlagenen Mittel und Wege eine Lösung des Problems „Mannermangel“ bringen, lässt sich j. Zi. noch nicht sagen. Der Verfasser weist auf die Gefahren des Frauenmangelzustandes nach dem Kriege hin, eines Ueberflusses, der die höchste Steigerung erfahren würde, dadurch, dass infolge der allgemeinen Wehrpflicht heute mehr Soldaten gestellt werden als früher und andererseits die Kriegswerkzeuge den höchsten Grad der Benutzung erreicht haben.

Frauenberschuss liegt auch deshalb vor, wie die Statistik beweist, in den Absichten der Natur, welche für ein Ueberwiegen des männlichen Elements Sorge trägt. In der gesamten Tierwelt zeigt sich diese Tendenz. Das Weib wird geboren werden als Weibchen, ist bekannt.

Interessant sind die Ausführungen des Verfassers über das Geschlechtsverhältnis der Tot- und Lebgeborenen: auf 100 Mädchen entfallen bei Lebgeborenen etwa 100 Knaben, auf 100 Mädchen entfallen bei Totgeborenen etwa 100 Knaben; bei der Sterblichkeit der ersten 6 Lebensmonate 130 Knaben, bei der Sterblichkeit der folgenden 6 Lebensmonate 113 Knaben, bei der Sterblichkeit des 1. bis 2. Lebensjahres 102 Knaben. Baerling schliet daraus, dass je schlechter die Zeugung, um so höher die Lebensbedrohung der Knaben ist; ferner: dass das männliche Leben gegenüber dem weiblichen um so stärker vernichtet wird, je länger es ist. Es muss viel mehr als bisher beachtet werden, dass beim Mann der Zustand des Gesamtorganismus von weit groerem Einfluss auf die Fortpflanzungszellen immer wieder nachgeliefert, die uerliche Situation beeinflusst somit die Keimzellen und die Zeugung. Im Interesse einer gefunden Entwicklung des Volkes muss daher verlangt werden: Abschaffung der Prostitution, gerechte Entlohnung der Frauenarbeit, Aufhebung oder starke Begrenzung der Militarbedienstung, Herabsetzung des bestehenden Wehralters für Männer - je länger der Vater ist, um so groer ist seine Erzeugungskraft für Knaben - Entlassung der uerlichen Männer.

Dem Manne muss die Möglichkeit gegeben werden, früh zu heiraten, die Frauen dagegen sollten erst später in die Ehe treten, da bei ihnen das Genaubehalten später eintritt, als beim Manne. Nach Siedel ist die heutige Fruheit der Frauen nur funklich angeordnet. Eine Verbindung jüngerer Männer mit älteren Frauen soll, wie verschiedene Untersuchungsresultate beweisen, dem Knabenberschuss günstig sein. Mit steigendem Lebensalter der Frau nimmt ihre Fähigkeit zur Erzeugung von männlichen Kindern zu!

Die Suglingspflege allein genügt nicht, um den Ueberfluss an Knaben zu retten, da sie bereits zu spät kommt. Unbedingt muss also „Erzeugungsregulierung“ und weitgehender „Waiserschutz“ verlangt werden. Die Frauen fordern für sich wohl die grote Verantwortung, mit der Begründung, dass ihre Körperkonstitution schwerer Arbeit nicht gewachsen ist und letztere ungenuglich auf die Mutterkraft einwirkt. Ein solches aber nicht vorgehen, das schmerzliche Arbeit niemand ausfallen kann ohne Schaden zu nehmen, weder Mann noch Weib. Baerling wird wohl mit Unrecht seiner Empfehlung auf Ueberdruck setzen; jedenfalls würde eine Erzeugungsregulierung und Waiserschutz zu verlangen, und lässt sich, vor allem, wenn man eine männliche Erzeugungsregulierung...

Ein „Fall Kupfer“ in Breslau.

In den vorliegenden Mitteilungen über die Verhaftung der Frau Maria W. ...

Wegen verurteilten Mordes

Am Mittwoch die 30jährige geschiedene Martha Hil- ...

In Verein der Altschüler hat Herr Jakob, wie er uns ...

Strassenperrung. Wegen Verlegen von Gleis- ...

Am Dache abgekratzt. Der Klempnermeister Kühnel ...

Selbstvergiftung. Am Mittwoch, gegen 10 Uhr ...

Jahren lebender Mann, der sich auf der Bahnhofsstraße ...

Steinbruchdiebstahl. Aus einer Bodenkammer im ...

Wessingdiebstahl. In dem Hause Steinbruchstraße 10 ...

Diebstahl. Aus dem Garten des Grundstücks ...

Rebelfahren wurde am 18. September, nachmittags ...

Die Straßenschnellfahrerin befohlen wurde vor ...

1886 M. gekohlen hatte vor einigen Tagen ein ...

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Stadttheater. Heute 7 Uhr: „Sigras Hochzeit“.

Opernhaus. Heute abend: „Der Revisor“.

Opernhaus. Heute abend: „Cyprienne“.

Opernhaus. Heute abend: „Der Wissenschaftler“.

„Schneefeld“ (Operettenbühne). Donnerstag: „Der ...

Eingefandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir diejenigen ...

Hilfsdiener beim Magistrat.

Infolge der ungetreuen Leistung ist es selbstverständlich ...

Die ganze Wohnungsverwaltung während des Krieges ...

Es ist klar, daß dieser Lohn in jetziger Zeit zum Unter- ...

Die ganze Wohnungsverwaltung während des Krieges ...

Es ist klar, daß dieser Lohn in jetziger Zeit zum Unter- ...

Die ganze Wohnungsverwaltung während des Krieges ...

Es ist klar, daß dieser Lohn in jetziger Zeit zum Unter- ...

Charles Darwin. Gedenkschrift zur Jahrhundertfeier seiner Geburt.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Advertisement for 'Konsum- und Sparverein „Vorwärts“' with a list of member addresses and contact information.